

Kommunalwahl am 10. September 2006

Wahlprogramm Guter Rat ist Grün

I N H A L T	Präambel _____	2	Ältere Menschen _____	6
	Stadtentwicklung _____	2	Behindertenpolitik _____	7
	Naturschutz und Naherholung _____	3	Wirtschaftspolitik _____	7
	Kultur _____	5	Energiewende _____	8
	Tourismus _____	5	Finanzen _____	8
	Schule/ Bildung _____	5	Verkehr _____	9
	Sozialpolitik _____	6	MitbürgerInnen aus anderen Kulturkreisen _____	9

Präambel

Leitbilder Grüner Kommunalpolitik sind politische Transparenz, solidarische Gesellschaft und nachhaltige Stadtentwicklung; daher sind insbesondere die zukunftsorientierte, ökologische Modernisierung und die aktive Gestaltung des demographischen Wandels voranzutreiben – bei gleichzeitiger Fortsetzung der Energie- und Agrarwende wie auch des Umwelt- und Verbraucherschutzes.

Die grundlegenden politischen Entscheidungen werden in Berlin oder in Brüssel getroffen – aber auch hier vor Ort fallen viele Entscheidungen, die Ihr Leben betreffen. Ihr Stadtrat beschließt über Straßen und Radwege, Schulen und Kindergärten, Bebauungspläne, Grünanlagen und vieles mehr. Wir möchten – hoffentlich mit einer gestärkten Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – wie bisher an diesen Entscheidungen im Rat mitwirken, um Stade zukunftsfähig und attraktiver zu gestalten.

Wir möchten aber auch, dass alle BürgerInnen mehr und bessere Mitspracherechte bei allen Planungs- und Entscheidungsprozessen erhalten. Vorgezogene Bürgerbeteiligungen, öffentliche Anhörungen oder Beiräte betroffener Gruppen (Senioren, Behinderte) sind geeignete Mittel, Planungen offener und demokratischer zu gestalten als dies bislang in den Ratsgremien der Stadt oder in noch kleineren Kreisen einiger Eingeweihter häufig geschieht.

Die Stadt Stade hat gute Ausgangsbedingungen, weiter ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort zu bleiben, wenn sie ihre Stärken (historisches Stadtzentrum, Lage an der Elbe, Teil der Kulturlandschaft Altes Land, qualifizierte Arbeitskräfte) bewahrt und weiter ausbaut und auf sich abzeichnende gesellschaftliche Entwicklungen vorausschauend reagiert.

Wir möchten – mit Ihrer Unterstützung – gern das schulische, kulturelle und Einkaufsangebot ausbauen und das soziale Netz stärken, damit Stade eine interessante Adresse für Menschen, Firmen und Gäste bleibt. Dabei werden wir darauf achten, dass nicht nur die ökonomische, sondern auch die ökologische Basis der Stadt und der Region erhalten bleibt und weiter entwickelt wird.

Mit Sachverstand und in Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen hat die Ratsfraktion von Bündnis90/Die Grünen in der letzten Ratsperiode Impulse in die Stadtpolitik

gebracht. Dabei standen wir einer Ratsmehrheit von CDU/FDP/Wählergemeinschaft gegenüber, in der sich auch häufig die SPD einreichte.

Mit einer Politik des verantwortungsbewussten Gestaltens und Bürgerbeteiligung wollen wir uns mit konkreten Zielen hierfür einsetzen.

Stadtentwicklung

Die Stadt Stade hat die Charta von Aalborg unterzeichnet, in der das Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung festgeschrieben ist.

Eine nachhaltige Stadtentwicklung bezieht sich nicht nur auf die räumlich-bauliche Entwicklung einer Stadt (d.h. auf die eigentliche Stadtplanung), sondern sie beinhaltet die Steuerung der Gesamtentwicklung einer Stadt, die auch die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Entwicklung beinhaltet. Sie muss daher gesellschaftliche Tendenzen und Inhalte wie den demographischen Wandel, die Globalisierung, die Verankerung der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene (lokale Agenda/ lokale Nachhaltigkeitsstrategien), eine Beteiligungskultur (Bürgerbeteiligung) und die Integration aller Bevölkerungsgruppen beinhalten.

Stadtentwicklung verlangt somit eine interdisziplinäre, integrierte und zukunftsorientierte Herangehensweise. Die konzeptionelle Stadtentwicklung in Stade beruht dagegen auf einer vor fast drei Jahrzehnten erstellten Planung, es existiert keine, den aktuellen Notwendigkeiten entsprechende, integrierte städtische Entwicklungsplanung. Aktualisierungen der überalterten Planung werden lediglich fach- und ortsbezogen vorgenommen, das heißt geschehen sozusagen auf „Zuruf“ von Investoren oder anderen an einer konkreten Entwicklung Interessierten. Planungen werden isoliert voneinander als ad-hoc-Entscheidungen und ohne eine übergeordnete Sichtweise vorgenommen und durchgeführt.

Welche Schwierigkeiten sich aus solch einer fehlenden allgemeinen Planung ergeben, zeigen aktuelle Beispiele in der Stadt Stade („MediaMarkt“) und im Landkreis Stade (Stadt Buxtehude). Wir fordern daher die Aufstellung eines integrierten städtischen Entwicklungskonzeptes, das eine Verzahnung von Stadtentwicklungsplanung, aller Fachplanungen, von Stadtentwicklungsprojekten und lokaler Agenda 21 mit eindeutigen Zieldefinitionen enthält. Dazu muss die Bürgerbeteiligung innerhalb der Stadtplanung aktiver und transparenter gestaltet werden.

Denkbar wäre zum Beispiel eine interaktive Darstellung insbesondere von neu aufzustellenden Bebauungsplänen und eine interaktive Erstellung des völlig überalterten Landschaftsplans mit Hilfe der neuen Medien, wie es bereits andere Gemeinden erfolgreich durchführen (Beispiel Königslutter).

Ein integriertes Konzept beinhaltet eine Rahmenplanung, bei der die verschiedenen Ansprüche und die Erhaltung von Natur und Umwelt auch im innerstädtischen Bereich vernünftig, gleichwertig und gleichberechtigt nebeneinander abzuwägen sind. Gerade bereits festgelegte Bereiche für die Entwicklung von Natur und Landschaft dürfen nicht für kurzfristige wirtschaftliche Interessen Einzelner geopfert und überplant werden. Grünflächen gehören mit zu den wichtigen weichen Standortfaktoren, die in der Wahl der Wohnsitzentscheidungen und der Unternehmensansiedelung immer bedeutender werden.

Innerhalb der eigentlichen Bauleitplanung muss der demographische Wandel verstärkt berücksichtigt werden. Es ist nicht ausreichend, neue Bebauungsgebiete für Einfamilienhäuser aufzuweisen, sondern die Stadt Stade hat gerade durch ihre überschaubare Größe, ihre attraktive Innenstadt und ihre Lage am Wasser ein großes Potential, nachhaltige Wohnformen auch für ältere Mitbürger anzubieten. Der immer weitergehenden Ausuferung der Stadt in die Landschaft hinein, kann so durch eine „Rückkehr zur Stadt“ entgegengewirkt werden. Auch gibt es innerstädtische Quartiere, die von einer Überalterung geprägt sind und deren Konversion in lebendige Quartiere durch veränderte Wohnformen vorangetrieben werden muss.

Die Bedeutung industrieller Betriebsstätten am Bruttosozialprodukt nimmt mehr und mehr ab, die IT- und Logistikbranche und unternehmensnahe Dienstleistungen nehmen an Bedeutung zu. Die Wirtschaftsförderung sollte sich auf die Weiterentwicklung bestehender mittelständischer Unternehmen und die Förderung von wissens- und dienstleistungsorientierten Betrieben konzentrieren.

Die Stadt Stade hat gute Chancen, ihre Position als attraktiver Standort für Wohnen, Gewerbe und Tourismus auszubauen, wenn sie die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen beachtet und in ihren Planungen vorausschauend darauf reagiert. Mit guten Verkehrsanbindungen nach Hamburg besteht die Chance, von den Wachs-

tumspotentialen der Metropolregion zu profitieren. Dies erfordert jedoch eine vorausschauende Planung, wie sie in den letzten Jahren nicht unbedingt ein Markenzeichen der Stader Politik war. Wir fordern daher ein integriertes städtisches Entwicklungskonzept mit eindeutigen Zieldefinitionen, das in der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans münden sollte.

Naturschutz und Naherholung

Naturschutz heißt Schutz der Grundlagen unseres Lebens. Das bedeutet, dass Belange des Naturschutzes bei allen politischen Entscheidungen einbezogen werden müssen. Auch bei „Ebbe“ in der Kasse der Stadt darf der Naturschutz nicht als „Kostenfaktor“ oder als „Luxus“ bei Planungen und Entscheidungen betrachtet werden bzw. unberücksichtigt bleiben. Gerade in einem verdichteten Siedlungsgebiet einer Stadt gilt es in größerem Ausmaß Vielfalt zu erhalten und sichernd zu bewahren. Denn die Art und Weise, wie wir mit unserem Natur- und Kulturerbe in Zukunft umgehen, ist auch immer die Antwort auf die Frage, was wir uns letztlich selbst wert sind.

Für Stade fordern wir:

1. Die Neuerstellung eines den heutigen Standards entsprechenden Landschaftsplans, um einen aktuellen Überblick über die vorhandenen Biotoptypen zu erhalten, wo Maßnahmen für Natur und Landschaft nötig sind oder wo Ausgleichsmaßnahmengebündelung umgesetzt werden können. In der Stadt Stade wurden und werden großzügig und schnell Flächen für Wohnbebauung, Gewerbe und Industrie zur Verfügung gestellt – aber die Kompensationsflächen scheinen vielmehr nach dem Zufallsprinzip ausgewählt zu werden. Der städtische Flächenverbrauch ist in den letzten Jahren stark angestiegen und wird voraussichtlich weiter ansteigen und ein aktueller Landschaftsplan wird deshalb immer wichtiger. Er ist ein zentrales vorsorgeorientiertes Planungsinstrument von Naturschutz und Landschaftspflege. Durch den Landschaftsplan wird ein ganzheitlicher, flächendeckender Ansatz zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft erreicht. Er übernimmt für die Bauleitplanung die Bündelungsfunktionen für naturschutzfachliche

Einzelaktivitäten und -beiträge und stellt die räumlichen Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege auch als Abwägungsgrundlage dar. Durch digitale Bearbeitungen über Computer werden sowohl die Erstellung als auch die anschließende Fortschreibung erleichtert. Diese Daten bilden die Grundlage für ein gesamtstädtisches Planungs- und Entwicklungskonzept sowohl der Grünanlagen als auch von Natur und Landschaft.

2. Die Planung und den schrittweisen Aufbau eines Biotopverbundsystems, das die städtischen Bereiche (mit den großen Achsen Wallanlagen, Burggraben, Schwinge und Schwingewiesen) mit den umliegenden ländlichen Bereichen verbindet, um so Wanderungs- und Rückzugsmöglichkeiten für Pflanzen und Tiere zu schaffen. Auch für uns Menschen wird die Stadt dadurch lebenswerter. Bei dem Bau der Rad- und Wanderwege von der Altstadt zur Elbe oder von Haddorf nach Hammah ist auch der Biotopverbund zu entwickeln.
3. Die Entwicklung eines gesamtstädtischen Pflegekonzepts und -managements der städtischen Grünanlagen und der wertvollen Landschaften. Neben den naturschutzfachlichen Beweidungskonzepten in Ottenbeck und in der Barger Heide sind auch individuelle Pflegekonzepte für das Weiße Moor, für den Schwabensee und für die Sandgruben erforderlich. Hier sollen ökologische Kriterien im Vordergrund stehen, das heißt die Pflege soll umsichtig, rücksichtsvoll und auf die individuellen Standorte und Ansprüche bezogen sein. Nur so kann die Vielfalt unserer städtischen Bereiche an Natur- und Kulturlandschaften erhalten und weiterentwickelt werden.
4. Eine naturnahe Gestaltung und Pflege der städtischen Grünanlagen der Stadt. Sie kann als Vorbildfunktion für private Gärtner und Gärtnerinnen dienen. Informations- und Weiterbildungsmöglichkeiten über den Nutzen, die Gestaltung und die Pflege naturnaher Bereiche sowohl in der Stadt wie auch im eigenen Garten sollten verstärkt für die städtischen Gärtner und auch für die Bürger angeboten werden. Dazu gehören auch Informationen über die Probleme bei der Ver-

wendung von künstlichem Dünger, Torf und Schädlingsbekämpfungsmitteln, auf deren Gebrauch zur Erhaltung einer großen Anzahl von Tier- und Pflanzenarten möglichst verzichtet werden sollte.

5. Die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet für die Heidbeckniederung und den Rest des ehemaligen Truppenübungsplatzes in Ottenbeck. Natur und Erholung sollen hier nachhaltig miteinander verbunden werden.
6. Die Ausweisung als Naturschutzgebiet für das weiße Moor. Seit über 15 Jahren ist die Schutzwürdigkeit bekannt. Viele Einzelmaßnahmen und Flächenankäufe wurden in den letzten Jahren vorgenommen. Jetzt ist es soweit, das Weiße Moor als Naturschutzgebiet vorzuschlagen. Wir wollen, dass es in Angriff genommen wird. Auch das Schwingetal ist als Naturschutzgebiet auszuweisen und die Verwaltung soll das offensiv vorantreiben.
7. Die Unterstützung der Renaturierung des Fließgewässersystems im Stadtgebiet (z. B. Kattenbeck, Heidbeck, Steinbeck, Schwinge). Eine Bebauung darf nur in ausreichendem Abstand zugelassen werden.
8. Sensibilisierung von Schulen, Schulklassen, Verbänden und Vereinen für die Natur aktiv zu werden, unter dem Motto: „Man kann nur schützen, was man kennt“. Unser Natur- und Kulturerbe kann nicht allein durch den Einsatz unserer Stadtgärtnerei erhalten werden, sondern seine Bewahrung liegt in der Verantwortung aller.
9. Die Entsiegelung von Flächen, wo immer es möglich ist. Bei öffentlichen Bauvorhaben sollte die Größe der versiegelten Fläche durch die Verwendung geeigneter Materialien minimiert werden, die die Regenwasserversickerung ermöglichen.
10. Einbeziehung von ökologischen Gestaltungsmöglichkeiten schon bei der Entwicklung von Bebauungsplänen neben der vorgeschriebenen Eingriffsregelung. Als Beispiele wären eine Nachtfalterverträgliche Außenbeleuchtung, Nistmöglichkeiten an Gebäuden für Vögel und Fledermäuse, landschaftstypische Eingrünung der Stadt- und Ortsränder zur

Landschaft, möglichst keine Pflasterung von Fuß- und Radwegen, Versickerung des Regenwassers im Siedlungsgebiet und die Respektierung des vorhandenen Baumbestandes zu nennen.

Kultur

Für uns ist es kein Widerspruch, sowohl kleine Gruppen im gesamten Kulturbereich zu fördern als auch zu fordern, dass sich die Kultur allen Publikumsschichten öffnet.

Wir wollen, dass die verschiedenen semiprofessionellen und professionellen Kulturträger der Stadt nicht gegeneinander konkurrieren, sondern gemeinsam (vielleicht unter einem Logo für viele Veranstaltungen) das kreative Potential der Menschen dieser Stadt darstellen und zusammen kooperieren.

Stade besitzt genug eigene Kulturressourcen die richtig gefördert, ein buntes Kulturprogramm erstellen kann und das für alle Stader. Dabei muss Kultur nicht teuer sein, oft reicht es aus die Voraussetzungen für Kultur zu verbessern. Eigene Räume zum Üben und zum Ausstellen, aber auch zum Gestalteten sind der Grundstein für Kulturschaffende.

Tourismus

Stade öffnet sich – die GRÜNEN in Stade zielen auf ein Leitbild für diese Stadt, das sich von dem unausgesprochenen Bild der CDU und SPD gravierend unterscheidet.

CDU und SPD setzen auf Stade als Industriestandort mit weiteren Gewerbe- und Industrieflächen, umgeben von diversen Autobahnen, und sehen darin die Zukunft dieser Stadt. Kultur findet für CDU und SPD hauptsächlich im Stadeum statt, welches für Kongresstourismus und Großevents aufgemöbelt werden soll.

Die GRÜNEN lassen sich hingegen leiten von der Vorstellung, dass diese Stadt ihre Chancen nutzen kann und soll, sich im internationalen Wettbewerb um Touristen zu präsentieren als Standort mit einer attraktiven Altstadt mit einem historischen Hafensembel und als Zentrum einer einmaligen Orgellandschaft.

Als wichtiges Instrument hierfür sehen wir internationale Kontakte der Stadt, etwa durch Partnerschaften und Schüleraustauschprogramme.

Künftige Touristen aus USA, Japan und China

kommen sicherlich nicht wegen des Stadeum nach Stade, sondern weil hier eine attraktive Altstadt zu sehen ist inmitten einer geschichtreichen Region mit einem erstklassigen kulturellen Angebot.

Um diese Chance zu nutzen, bedarf es vieler Maßnahmen: bessere Kinderbetreuung für Touristen, Freizeitangebote für Familien, bessere Infrastruktur für Fahrradtourismus, Verbesserung der Naherholung, bessere Präsentation und Kooperation der Angebote (Orgelkurse, Konzerte, City-Jet, Schloß Agathenburg, Festung Grauer Ort, Vogel- und Tiedenkicker, Moor-Exkursionen, Kunsthaus-Ausstellungen, Museen, Volkshochschule usw.). Hier wollen wir eine Vernetzung erreichen. Wir sehen die Möglichkeit, dass diese Stadt Ausgangspunkt für vielfältige Aktivitäten werden kann. Eine Combi-Card anstelle des Nebeneinanders der Angebote halten wir für erforderlich.

Da gerade ältere Menschen im Tourismus ein stärkeres Gewicht bekommen, müssen die Einrichtungen der Stadt sich stärker darauf einstellen. Und im Hinblick auf den höheren Komfortbedarf gerade ausländischer Einzel-Touristen und Gruppen bedarf es eines besseren Hotelangebots in dieser Stadt. Wir wollen, dass Silke Hemke als Bürgermeisterin dieser Stadt bald den Millionsten Touristen aus Japan begrüßen kann.

Schule und Bildung

Gut geführte und gut ausgestattete Kindergärten und Schulen sind ein wesentliches Qualitätsmerkmal einer Stadt. Eine familien- und kinderfreundliche Stadt erfordert eine dichtes Netz gut geführter Kindergärten und Schulen. Hierfür setzen sich die GRÜNEN ein, zumal es heute immer wichtiger wird, dass Frauen und Männer Familie und Beruf miteinander vereinbaren können.

Bei den Schulen ist das Land für die Struktur und für die pädagogische Konzeption zuständig. Die Ausstattung ist aber Sache der Kommune. Lange Jahre waren die Schulen Stades Stolz; an ihnen wurde nicht gespart. In den letzten Jahren wurde auch hier – im Rahmen der Haushaltskonsolidierung – vieles gekürzt. Während für den Straßenbau Millionen bereit gestellt wurden, wurden im Schulbereich Fenster- und Dachsanierungen hinausgezögert, manches Mobiliar aus den Siebziger Jahren doch noch weiter benutzt. Die Ausrüstung der Fachräume in den Naturwissenschaften und für Informatik entspricht

meist nicht mehr modernen Anforderungen. Hier sollte wieder ein Schwerpunkt der Investitionsanstrengungen der Stadt liegen.

Grundsätzlich sollten Stades Schulen in der Zukunft als Ganztagschulen geführt werden, zuerst die Schulen des Sekundarbereiches, dann darauf folgend auch im Primarbereich. Kurzfristig für eine Übergangszeit mag das Nachmittagsangebot freiwillig als Betreuungsangebot gestaltet sein. Mittelfristig müssen die Schulen mit entsprechenden Lehrerstunden ausgestattet werden, um den Unterricht zu entzerren, notwendige Fördermaßnahmen anzubieten und um ein attraktives Schulleben für alle Schüler gestalten zu können. Nur wenn die Ganztagschule zu einer Schule für alle wird (wie in fast allen anderen Ländern Europas) – und nicht nur für „Bedürftige“ Betreuung bietet, dann kann Lernen und Leben in der Schule für alle produktiv miteinander verbunden werden. Das geht nicht zum Nulltarif! Hier ist das Land gefordert! Die Kommune muss aber die baulichen Voraussetzungen schaffen. Wir wollen das!

Wir begrüßen, dass der Landkreis nach jahrelangen Provisorien endlich Geld für die Berufsbildenden Schulen bereitgestellt hat. Aber auch bei den Stader Gymnasien wird bis heute mit unzumutbaren Provisorien gearbeitet.

Wir wollen weiterhin zwei leistungsfähige Gymnasien in Stade. Wir können uns einen Ausbau des Vincent-Lübeck-Gymnasiums am bestehenden Standort vorstellen, sehen aber auch eine Chance in einem modernen Neubau (z.B. in der Nähe des Bahnhofs), gefördert durch EU-Mittel.

Die Stadt fördert die allgemeine Erwachsenenbildung und den Zweiten Bildungsweg (Haupt- und Realschulabschluss) durch erhebliche Zuschüsse an die Volkshochschule. Diese wollen wir als Teil des Bildungsangebots der Stadt unbedingt erhalten. Eine weitere Kürzung, wie sie immer wieder von der Verwaltung und der CDU-Gruppe gefordert wird, halten wir für kurzfristig und verfehlt.

Die GRÜNEN sehen in Stade nicht im Straßenbau sondern im Bildungsbereich die Priorität!

Sozialpolitik

Grüne Sozialpolitik will unsere Gesellschaft gerecht gestalten. Der Ausgleich von Interessen zu Gunsten Schwächerer soll in allen Politikbereichen stattfinden: in der Verkehrspolitik zu

Gunsten von Bahn und Bus, in der Bildungspolitik mit unserem Schwerpunkt Grundschule, im Kindergarten mit der Forderung nach Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund, in der Wohnungspolitik zugunsten benachteiligter Wohnviertel. Eine große Herausforderung, der sich auch die Sozialpolitik stellen muss, ist der demographische Wandel.

Soziale Hilfen sind keine Almosen, sondern das gute Recht von Bürgerinnen und Bürgern, das aus dem Sozialstaatsgebot folgt. Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können oder sich sonst in sozial schwierigen Lagen befinden, die sie nicht alleine bewältigen können, haben Anspruch auf Unterstützung durch den Staat – sowohl in Form von Beratung und praktischer Hilfe als auch finanziell. Wer wie die große Koalition gerade im Bereich Beratung kurzfristige Spareffekte erzielen will, wird auf die Dauer höhere öffentliche Kosten produzieren, weil sich so die sozialen Schwierigkeiten verfestigen und soziale Bindungen zusätzlich zerstört werden. Schwere Behinderung oder Pflegebedürftigkeit, ob suchtkrank oder hoch verschuldet – ein gut ausgestattetes Beratungs- und Hilfsangebot ist unverzichtbar. Diffamierungen von hilfsbedürftigen Menschen als Faulpelze und reine Kostenverursacher erteilen wir eine klare Absage.

Ältere Menschen

Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, dass alle Menschen ein würdiges und selbstbestimmtes Leben im Alter führen können. Mit diesem Grundsatz wollen wir in den nächsten fünf Jahren kommunale Politik mit und für alte Menschen machen, neue Ideen entwickeln und umsetzen.

Für Stade fordern wir:

- Neue Modelle, die es alten Menschen ermöglichen, ein erfülltes Leben zu führen und drohender Isolation zu entkommen.
- Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflegeplätze, und enge Zusammenarbeit von ambulanten Diensten mit den Sozialstationen.
- Generationenhäusern, in denen sich Jung und Alt wohlfühlen und gegenseitig helfen.
- Hilfen bei der Organisation von Besuchs-Partnerschaften.
- SeniorInnen-Büros mit Ideenbörsen, die Kontakte zwischen Alleinstehenden aufbauen und bei einer aktiven Freizeitgestaltung helfen.

- Finanzielle Förderung von Vereinen mit speziellen Angeboten für SeniorInnen.
- Bereitstellung von altersgerechten Wohnungen. Sie sollten die Möglichkeit bieten, ambulante Hilfe in Anspruch zu nehmen. Ist das nicht der Fall, sind Veränderungen anzustreben. Bei der Planung neuer Projekte ist unbedingt auf eine zentrale Lage und gute Verkehrsanbindung zu achten.

Behindertenpolitik

Für BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ist Behinderung normal und darf nicht zur Ausgrenzung von Menschen führen. Darum muss alles getan werden, damit Menschen mit Behinderungen am öffentlichen Leben teilhaben können.

Für Stade fordern wir:

- Abbau von strukturellen und baulichen Schranken, die das Leben Behinderter erschweren.
- Die Beachtung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bei allen Bau- und Planungsmaßnahmen
- Förderung von Projekten, die zum Ziel haben, dass Menschen mit Behinderungen kulturelle und sportliche Angebote nutzen können, und somit am öffentlichen Leben teilnehmen können.
- Alle Veranstaltungsorte müssen für behinderte Menschen zugänglich sein. Das gilt nicht nur für RollstuhlfahrerInnen – auch Blinde oder Gehörlose gehen gern ins Kino.
- die Schaffung bzw. Unterstützung von Assistenzgenossenschaften, familienentlastenden Diensten usw., damit Eltern, Angehörige oder Freunde, die Menschen mit Behinderungen durch das Leben begleiten, nicht alleingelassen werden.
- Kein Bau oder die Einrichtung von Großheimen. Die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen fängt oft beim Wohnen an. Stattdessen unterstützen wir die Planung und Schaffung von ambulanten Wohnangeboten. Sie sollen die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben eröffnen.
- Einrichtung eines Behindertenbeirates in Stade, um die Interessen behinderter BürgerInnen durchsetzen zu können.

Wirtschaftspolitik

In der Wirtschaftspolitik der GRÜNEN steht die Nachhaltigkeit im Mittelpunkt. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen sichern. Dazu muss Entwicklung und Markteinführung umweltverträglicher Produkte und Verfahren unterstützt werden.

Grüne Wirtschaftspolitik beinhaltet auch neue Betriebe anzusiedeln und die bestehenden Betriebe in der Stadt zu unterstützen sowie dafür zu sorgen, dass sie nicht abwandern.

Eine gute Chance bietet das CFK (Kohlenstofffaserverstärkter Kunststoff) –Valley, dass von uns im Rat, wie bisher, weiter unterstützt wird. CFK ist ein Werkstoff der für Windenergieanlagen, Flugzeug-, und Automobilbau immer mehr an Bedeutung gewinnt. Hier gilt es, die Vorreiterstellung auszubauen und diese Entwicklung zu unterstützen.

Wir müssen aber auch weitere Konzepte für kleine und mittelständige Betriebe entwickeln und dafür sorgen, dass die Stadt aus der Abhängigkeit der wenigen Großbetriebe herauskommt. Dazu gehört es bei der Ansiedlung behilflich zu sein, sie fachlich zu begleiten und in schwierigen Situationen zu unterstützen. Es ist möglich, auch ohne weitere Autobahnen geeignete Betriebe anzusiedeln. Stade hat genug Stärken, die diesen Standort begehrt machen.

Wirtschaftsförderung ist eines der wichtigsten Instrumente unserer Stadt, um die bestehende Wirtschafts- und Infrastruktur zu erhalten und Neues aufzubauen. Der Wirtschaftsförderer muss mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden.

Wir brauchen kompetente Ansprechpartner vor Ort, Präsenz in den Medien, Vernetzung aller Beteiligten. Geeignete Flächen sollen unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte bereitgestellt werden. Selbstverständlich gehört dazu eine gut ausgebaute Infrastruktur, die innovative Maßstäbe anlegt und nicht nur auf den Bau von Straßen und Autobahnen setzt.

Die Voraussetzung dafür, dass der Standort Stade in aller Munde ist, müssen von der Politik geschaffen werden. Wirtschaftsbetriebe sollen sich in unserer Stadt „wohl fühlen“ und das Klima dafür wollen wir schaffen.

Energiewende

Der Einstieg in den Atomausstieg ist beschlossen. Stades Atommeiler ist abgeschaltet und wird zurückgebaut. Damit ist unsere Region sicherer geworden.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, den Ausstieg aufrecht zu erhalten und Atomtransporte auszusetzen, eine Zwischenlagerung vor Ort zu betreiben, um damit den Risiken im Umgang mit dem Müll zu minimieren. Fahrten quer durch Deutschland oder Europa, um dann im Wendland zu enden, lehnen wir ab.

Die Grüne Kommunalpolitik in Stade setzt nicht erst seit Heute auf die alternativen Energieformen. Energie, erzeugt aus Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse kann und wird zukünftig Hallenbäder, Büros oder Schulen beheizen oder auch mit Warmwasser versorgen. Stade wird daher auch in Zukunft Energiestandort bleiben.

Einem Neubau eines Kohlekraftwerks auf dem Stadtgebiet stehen wir Grünen aus Klimaschutzgründen kritisch gegenüber. Zukunftsweisender scheinen uns Investitionen in die Gastechologie. Damit lassen sich nicht nur Großprojekte realisieren, sondern auch Projekte bis hin zur Einfamilienhausgröße mit anschließend größtmöglicher Vernetzung der einzelnen Erzeuger. Die Stadt sollte ihre Beteiligung an den Stadtwerken nutzen und eine Werbeoffensive starten, um zeitgleich in diese Technologie zu investieren und in städtischen Gebäuden und anderen Liegenschaften einzusetzen.

Es hätte schon eine besondere Note, wenn der Besucher im Stadeum zum Energieerzeuger würde. Er könnte mit Hilfe der bei der Klimatisierung entstehenden Abfallwärme Energie erzeugen, um damit nach der Vorstellung Busse und Taxen fahren zu lassen. Oder ein städtisches Krankenhaus könnte einen Teilbedarf seiner benötigten Energie durch Kraft-Wärme-Kopplung selbst erzeugen.

Die Sporthallen der Stadt erhielten eine Regenwassersammelanlage sowie ein Solarsystem zur Aufbereitung des Wassers für die warme Dusche nach dem Sport. Dass Bewerbung und Umsetzung von derartiger Technologie möglich ist, zeigen die Kampagnen zur Markteinführung der ersten Gastankstelle der Stadtwerke in Stade.

Jede/r Einzelne ist beim persönlichen Atomaus-

stieg gefragt: Nach der Liberalisierung des Strommarktes kann jede(r) den Atomausstieg für sich realisieren, indem er/sie Ökostrom bezieht. Ein Energiesparkonzept eröffnet zudem die Möglichkeit, selbst umweltfreundlichen Strom in das Netz einzuspeisen, also selbst Stromerzeuger zu werden. Diesen Strom müssen die Energielieferanten abnehmen (je mehr Strom so erzeugt wird und abgenommen werden muss, desto schneller werden Kernkraftwerke Überkapazitäten produzieren und aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen abgeschaltet werden müssen).

Die öffentlichen Dachflächen sind für die Solarenergienutzung ihren Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen.

Finanzen

Die Aufgabe der Stadt ist es gerecht, solide und transparent zu finanzieren.

Haushaltspolitik ist am Prinzip der Nachhaltigkeit auszurichten und eine Neuverschuldung daher nach Möglichkeit zu vermeiden. Hauptziele grüner Finanzpolitik sind die ökologische Ausrichtung des Wirtschaftens, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und der Abbau sozialer Ungerechtigkeit.

Die durch Verschuldung verursachte Zinsbelastung schränkt die Handlungsfähigkeit der Stadt ein und erschwert Reformpolitik. Diese ist jedoch erforderlich. Schuldenbegrenzung und Schuldenabbau sind notwendig – allerdings kein Dogma. Eine Politik, die jegliche Neuverschuldung ausschließt, verschärft die wirtschaftliche Krise. Wenn wichtige ökologische und soziale Aufgaben nur halbherzig oder gar nicht angepackt werden, kann dies die Gesellschaft später um so teurer zu stehen kommen. Wer spart, ohne zukunftsorientiert zu investieren, spart das Gemeinwesen kaputt.

Wir halten eine kritische Überprüfung aller ausgabenwirksamen Vorhaben für erforderlich und streben wir ein mittelfristiges Konsolidierungsprogramm an. Wir wollen und müssen Aufgaben angehen, die Geld kosten, zum Beispiel Investitionen in die Ausstattung von Schulen und Bildungsstätten. Gespart werden kann beim Bau von weiteren Straßen und Autobahnen.

Ein zentrales Feld grüner Reformpolitik ist auch die Verwaltung selbst. Wir wollen in allen Bereichen mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zusammen und nicht gegen sie neue

Konzepte entwickeln. Statt eines weiteren Personalabbaus bei der Stadt und ihren Beteiligungsgesellschaften streben wir eine quantitative und qualitative Verbesserung der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger an. Qualitätssicherung, Kostentransparenz, BürgerInnennähe und Dezentralität sind die Leitbegriffe einer Verwaltungsreform im Sinne der GRÜNEN.

Verkehr

Da viele Menschen aus Stade nach Hamburg fahren, ist eine leistungsfähige schienengebundene Verbindung wichtig. Zusätzlich zu der voraussichtlich ab 2007 in Betrieb gehenden S-Bahnverbindung nach Stade sollte eine Schnellzugverbindung mit ausschließlichem Halt in Stade, Buxtehude, Harburg und dem Hamburger Hauptbahnhof eingerichtet werden.

Als Ergänzung zur S-Bahn streben wir eine Stadtbahn auf der Strecke Himmelpforten–Stade–Hagen–Fredenbeck–Bremervörde im Stundentakt an. Als Endhaltestelle der S-Bahn bietet sich Stade-Hahle an, um Pendler den Umstieg zu erleichtern und die Stader Innenstadt von diesem Verkehr zu entlasten. Die Einrichtung einer S-Bahn-Haltestelle in Stade-Kaisereichen zur besseren Anbindung an das Airbus-Werk sollte geprüft werden, zusätzlich vor dem Hintergrund der dort startenden Hochschule im „CFK-Valley“.

Die bisher vorgesehenen Abfahrtszeiten der S-Bahn von Hamburg nach Stade sollten bis mindestens 1.00 Uhr verlängert werden, und am Wochenende sollte die S-Bahn – wie in Hamburg selbst – rund um die Uhr fahren.

Der Industriebahnhof in Brunshausen kann noch intensiver genutzt werden, damit vor allem der überregionale LKW-Verkehr reduziert wird. Generell gehört der Schwerlastverkehr überwiegend auf die Schiene.

Den Bau der A22 lehnen wir weiterhin ab, weil sie ökologisch eine Katastrophe ist und ökonomisch keinen Nutzen für die Region bringt.

Das Stadtbuss-Konzept ist kontinuierlich auszubauen, die Stadtteile Hagen und Bützfleth gehören endlich in das Konzept eingebunden. Der gesamte ÖPNV muss weiter verstärkt gefördert werden. Als Beispiele seien hier genannt: bessere Vernetzung der Linien und Verbesserung der Bahnhofsanbindung, Rückbau von Busbuchten, Einsatz von erdgas- und wasserstoffbetriebenen Bussen, verlängerte Fahrtzeiten abends und/

oder am Wochenende, evtl. durch den Einsatz von kleineren Bussen. Im Innenstadtbereich sollte eine integrierte Informationszentrale geschaffen werden mit allen Informationen über Stadtbusse, Überlandbusse, DB, HVV usw.

Stade muss endlich eine fahrradfreundliche Stadt werden. Dazu gehört ein durchgängiger Ausbau der Fahrradwegeverbindungen in die Innenstadt – ohne störende Unterbrechungen. Für die Bürger als auch für Touristen und Besucher ist ein integriertes Fahrradwegesystem zu entwickeln. Es ist nicht einsehbar, weshalb in der Fußgängerzone abends und nachts der Lieferverkehr per PKW und LKW erlaubt, das Radfahren aber verboten ist. Deshalb fordern wir die Öffnung der Fußgängerzone für Radfahrer in der Zeit von 20.00 Uhr abends bis 8.00 Uhr morgens.

Mitbürger/innen aus anderen Kulturkreisen

Deutschland ist ein Einbürgerungsland. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen die Integration und die Gleichberechtigung aller in Deutschland lebenden ausländischen MitbürgerInnen, ohne dass sie ihre Identität aufgeben. Ein multikulturelles Zusammenleben, wie wir es uns vorstellen, basiert auf gegenseitiger Achtung, Toleranz und Akzeptanz. Diskriminierungen auf Grund von Hautfarbe, nationaler Herkunft oder Religionszugehörigkeit darf es nicht geben. Alle Menschen, die in unserer Stadt leben, sollen sich hier wohl fühlen und sich mit ihrer Person und ihren Fähigkeiten einbringen können.

Für Stade fordern wir:

- Die Einrichtung eines Ausländerbeirates, um die Mitwirkungsmöglichkeiten von AusländerInnen auszubauen.
- Den Abbau von Diskriminierungen, z.B. bei Einstellungen von AusländerInnen im öffentlichen Dienst, beim Anspruch auf Sozialleistungen oder der Wohnungsvergabe.
- Förderrichtlinien für ausländische Kultur- und Sportvereine, die eine gleichberechtigte Behandlung garantieren.
- Den Ausbau von Beratungsangeboten und integrativen Maßnahmen. Vor allem der Deutschunterricht für Kinder und Erwachsene muss weiter ausgebaut werden, denn Sprachschwierigkeiten erschweren oft den

Alltag unserer ausländischen Mitbürger und behindern sie im Arbeitsleben.

- Der AusländerInnenanteil im öffentlichen Dienst muss erhöht werden. StreetworkerInnen, LehrerInnen und MitarbeiterInnen in Kindertagesstätten sind wichtig. Ausländische Kinder und Jugendliche brauchen Ansprechpartnern, die ihren sprachlichen und kulturellen Hindergrund kennen.

Beispielhaft für die Förderung der Integration von Menschen aus den verschiedensten Kulturkreisen ist in Stade das Sanierungskonzept für das Altländer Viertel. Durch die Verbesserung des

Wohnumfeldes und viele begleitende Maßnahmen wird die Lebensqualität der dort lebenden Menschen verbessert, sollen Perspektiven entwickelt und ein konfliktärmeres Zusammenleben erreicht werden. Dieses vorbildliche Konzept ist weiter zu entwickeln

Um fremdenfeindlicher Demagogie und daraus resultierender Gewalt rechter Gruppierungen entgegen zu wirken, ist es weiterhin wichtig, sich mit der Aufarbeitung und der öffentlichen Darstellung der Gräueltaten der NS-Zeit zu befassen und entsprechende Projekte und Initiativen zu fördern.

Unsere Kandidaten für Stade

Wahlbereich 1:



Tobias Archut



Ijal Sözücok

Wahlbereich 3:



Hans-Joachim Grube



Stefanie Koch



Ulrich Hemke

Wahlbereich 2:



Uwe Merckens



Guido Hübner

Wahlbereich 4:



Henning Münnecke



Dr. Barbara Zurek



Esther Godde-Lange



Andrea Scharpen



Lüder Fitschen